

Der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes

I. Einleitung

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ist 1948/49 - mit den Worten von Christian Starck, eines der großen deutschen Staatsrechtslehrer - „in einer Zeit der Not und Bescheidenheit“ entstanden. Angesichts der Teilung Deutschlands sollte keine endgültige, sondern nur eine „Übergangsverfassung des westdeutschen Teilstaates“ geschaffen werden, deren Gültigkeit bis zur Wiedervereinigung befristet sein sollte. Daher wurde als Bezeichnung der Begriff „Grundgesetz“ und nicht - wie von den Alliierten bevorzugt - der Begriff „Verfassung“ gewählt. Nun gibt es in Deutschland ein Sprichwort, d.h. eine Redensart, die eine Lebensweisheit zum Ausdruck bringen soll. Sie lautet: *Nichts ist beständiger, nichts hält länger als ein Provisorium*. Diese Redensart trifft auch auf das Grundgesetz zu, denn es hat nicht nur die bescheidene Übergangszeit überdauert, sondern es besteht - in seinen Grundfesten unverändert - auch im wiedervereinigten Deutschland fort. So können wir in diesem Jahr und in diesen Tagen seinen 60. Geburtstag *begehen* und - weil es sich bei der Geschichte des Grundgesetzes um eine Erfolgsgeschichte handelt - durchaus auch *feiern*.

Der Grund für diese inzwischen 6 Jahrzehnte währende Erfolgsgeschichte liegt m.E. in der dem Grundgesetz zugrunde liegenden Verfassungstheorie. Der Versuch einer verfassungstheoretischen Rekonstruktion geht in der Analyse des Verfassungsbegriffs des Grundgesetzes auf. Sie hat zu der Erkenntnis geführt, dass der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes ein Kompositum, d.h. ein zusammengesetzter Begriff ist: *Er besteht aus einer Mehrzahl von Begriffselementen, die sich in zwei Gruppen unterteilen lassen, nämlich (1.) in Struktur- und (2.) in materiale Begriffselemente. Die verfassungstheoretische Basis dieses Begriffs und zugleich die Klammer, die beide Teilgruppen zusammenhält, ist die rechts- und staatsphilosophische Ausprägung der allgemeinen Vorstellung von der menschlichen Autonomie*. Dieses Begriffsgebilde soll im Folgenden - und in der gebotenen Kürze - näher erläutert werden.

II. Autonomie als verfassungstheoretischer Basiswert

1. Die Bedeutung der Autonomie

Das verfassungstheoretische Fundament des Grundgesetzes besteht aus der Vorstellung von der Autonomie des prinzipiell vernunftbegabten Individuums. Diese

Idee der umfassenden Selbstbestimmung des Menschen ist gegen Ende der Epoche der Aufklärung in bis heute maßgeblicher Weise von *Kant* formuliert worden.

Im Rahmen der Verfassungstheorie des Grundgesetzes bedeutet Autonomie, dass sich die Individuen selbst, d.h. ohne grundlegende Hilfe seitens der Natur oder der Religion - auf die (verfassungs-) rechtlichen Grundlagen ihres Zusammenlebens verständigen müssen und können. Die erforderliche Bildung einer Rechtsgemeinschaft vollzieht sich auf individualistischer Grundlage; d.h. die Mitglieder der Rechtsgemeinschaft schließen sich als Freie und Gleiche zusammen und müssen auch nach dem Zusammenschluss als Freie und Gleiche betrachtet werden. Freiheit und Gleichheit der sich selbst bestimmenden Individuen sind daher als verfassungstheoretische Elemente unmittelbare Folgerungen aus der Autonomie-Vorstellung.

2. Autonomie und Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG)

Im Grundgesetz ist die Autonomie als verfassungstheoretisches Fundament in Gestalt der Menschenwürdegarantie in den Text der Verfassung inkorporiert worden. Der (Verfassungs-) Rechtsbegriff der Menschenwürde, verstanden als Eigenwertigkeit jedes Menschen aufgrund seiner prinzipiellen Autonomie, verkörpert zugleich die verfassungstheoretische Grundlage und den verfassungsrechtlichen Ausgangspunkt der vom Grundgesetz konstituierten Rechtsordnung. Diese Transformation der Autonomievorstellung in geltendes Verfassungsrecht erfolgt in Art. 1 Abs. 1 GG.

Der normative Gehalt dieser Bestimmung umfasst zunächst (positiv) die Freiheit und Gleichheit aller Menschen. Folgerichtig beschreiben die unmittelbar nachfolgenden Artikel des Grundgesetzes die Grundrechte, beginnend mit dem allgemeinen Freiheits- und dem allgemeinen Gleichheitsrecht.

Im Übrigen (d.h. negativ) lässt sich der normative Gehalt des Art. 1 Abs. 1 GG mit der sog. Objekt-Formel von Günter Dürig umschreiben: „Die Menschenwürde ist getroffen, wenn der konkrete Mensch zum Objekt, zu einem bloßen Mittel, zur vertretbaren Größe herabgewürdigt wird. ...Es geht um die Degradierung des Menschen zum Ding.“ Die Nähe dieser Formel, die etwa jegliche Form von Folter untersagt, zur praktischen Philosophie Kants ist unverkennbar.

Insgesamt kann festgehalten werden: Die Menschenwürde i.S.d. Art. 1 Abs. 1 GG bildet das verfassungstheoretische Konstitutionsprinzip der gesamten Verfassungsordnung. Autonomie, Freiheit und Gleichheit bilden daher das Fundament der Verfassungstheorie des Grundgesetzes.

III. Strukturelemente des Verfassungsbegriffs

Die Strukturelemente des Verfassungsbegriffs betreffen den Geltungsgrund, die Geltungsweise und die Form des Grundgesetzes. Insgesamt können 8 Strukturelemente unterschieden werden.

1. Volkssouveränität

Das Element der Volkssouveränität umfasst zwei Aspekte, die in besonderer Weise die Transformation des verfassungstheoretischen Autonomiegedankens in Verfassungsrecht verdeutlichen.

Zum einen bringt die Volkssouveränität den *formalen Geltungsgrund* des Grundgesetzes zum Ausdruck. Sie besagt, dass das Grundgesetz nicht etwa auf Gottes Gnaden oder dem Willen einer bestimmten Partei, sondern einzig auf der verfassunggebenden Gewalt des Volkes beruht. Dieser Aspekt der Volkssouveränität findet sich zu Beginn und am Ende des Grundgesetzes, nämlich in seiner Präambel und in Art. 146 GG.

Zum anderen soll auch die vom Grundgesetz konstituierte Staatsgewalt vom Volke ausgehen. Grundlegend ist hier Art. 20 Abs. 2 GG, der mit den Worten anhebt: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“

2. Herrschaftskonstitution

Herrschaftskonstitution durch die Verfassung bedeutet, dass alle Staatsgewalt erst durch die Verfassung und aufgrund der Verfassung begründet wird: Autonome, menschenwürdige Herrschaft entsteht erst durch den in die Form einer (Rechts-) Verfassung gegossenen Willen der Freien und Gleichen.

Daraus folgt, dass es keine der Verfassung vorgeordneten Autoritäten oder Institutionen geben kann. Etatistische Vorstellungen von einem Vorrang des Staates vor der Verfassung sind mit diesem Begriffselement nicht vereinbar. Der Verfassung vorgeordnet ist einzig das Volk der Freien und Gleichen als Träger der verfassunggebenden Gewalt.

Im Grundgesetz lässt sich das Begriffselement der Herrschaftskonstitution vor allem in der Kompetenzordnung des Staatsorganisationsrechts nachweisen.

3. Vorrang und Normativität der Verfassung

Vorrang und Normativität der Verfassung betreffen das Verhältnis des Verfassungsrechts zu der durch die Verfassung konstituierten Staatsgewalt. Eingee-

geschlossen ist das Verhältnis zwischen dem Verfassungs- und dem einfachen Gesetzesrecht. Die Verfassung bindet und beschränkt nicht nur alle Staatsgewalt, sondern sie leitet deren Handeln auch inhaltlich an. Ihr kommt daher kein deskriptiver, sondern ein normativer, rechtlich verbindlicher Status zu. Dieser normative Status kann sich natürlich nur dann entfalten, wenn er zugleich mit dem Vorrang der Verfassung vor allem anderweitigen Recht verbunden wird. Insofern besteht zwischen beiden Komponenten ein untrennbarer Zusammenhang.

Vorrang und Normativität der Verfassung sind im Grundgesetz vor allem in Art. 20 Abs. 3 HS.1 und in Art. 1 Abs. 3 GG verankert. Der Wortlaut von Art. 20 Abs. 3 bindet vordergründig zwar nur die Gesetzgebung; nach allgemeiner, unbestrittener und zutreffender Ansicht gilt diese Bindung aber für alle Staatsgewalt. In der „Schlüsselnorm“ des Art. 1 Abs. 3 GG wird schließlich die Bindung aller Staatsgewalt an die Grundrechte formuliert. Inhaltlich geht diese Norm nicht über den Gehalt des Art. 20 Abs. 3 GG hinaus. Angesichts der Besonderheiten der deutschen Grundrechtsentwicklung verdeutlicht diese Vorschrift aber in besonderer Weise den Vorrang der Verfassung im Hinblick auf die Bindungswirkung der Grundrechte.

4. Der Rahmencharakter der Verfassung

Der Rahmencharakter der Verfassung bezeichnet den Umstand, dass alle Staatsgewalt nicht nur durch die Verfassung beschränkt wird, sondern in dem von der Verfassung gezogenen Rahmen frei ausgeübt werden darf. Einer Totalverrechtlichung des staatlichen Lebens und Wirkens wird damit eine Absage erteilt. Vielmehr eröffnet die Verfassung Spielräume für die politische Meinungs- und Willensbildung, dem nur solche Grenzen gesetzt werden, die für die Ermöglichung des Meinungswettstreits unter Freien und Gleichen unabdingbar sind.

Im Grundgesetz werden derartige Spielräume nebst Grenzen etwa in der Kompetenzordnung und in den Grundrechten sichtbar.

5. Der umfassende Charakter der Verfassung

Das Grundgesetz erhebt ferner den Anspruch einer durchgängigen, lückenlosen Regelung von Herrschaft. Sein in diesem Sinne umfassender Charakter zeigt sich darin, dass nicht nur einzelne Aspekte, sondern *alle* Staatsgewalt durch die Verfassung konstituiert und verfassungsrechtlichen Vorgaben unterworfen wird. In diesem Verfassungsbegriffselement liegt insbesondere eine Absage an (verfassungs-) rechtsfreie Räume oder Prärogativen für einzelne Personen, Institutionen oder sonstige Träger von Staatsgewalt.

Dieser umfassende Anspruch, der sich auf den verfassungsrechtlichen Rahmen der Ausübung sämtlicher Staatsgewalt bezieht, spiegelt sich in mehreren zentralen Vorschriften des Grundgesetzes wider. So lässt er sich aus dem Wortlaut des Art. 20 Abs. 2 S.1 GG herauslesen, der lautet: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Auch die bereits erwähnte Bindungsklausel des Art. 20 Abs. 3 GG stellt klar, dass sich kein Teilbereich der Staatsgewalt über die Normen des Grundgesetzes erheben darf. Entsprechendes gilt für den ebenfalls bereits erwähnten Art. 1 Abs. 3 GG.

6. Die Universalität der Verfassung

Der universale Charakter der Verfassung stellt sicher, dass ihre normativen Gehalte nicht nur partikular und zugunsten ausgewählter Bevölkerungsgruppen, sondern grundsätzlich alle Bürgerinnen und Bürger und alle Einrichtungen des Gemeinwesens in gleicher Weise erreichen. Die Universalität manifestiert sich also in der allgemeinen - d.h. dem Gleichheitsgedanken entsprechenden - Bindungswirkung gegenüber (privaten) Personen und (öffentlichen) Institutionen.

Im Grundgesetz zeigt sich die allgemeine Bindungswirkung gegenüber öffentlichen Institutionen und Organen an den bereits mehrfach erwähnten Bindungsklauseln. Die allgemeine Bindung gegenüber Privaten zeigt sich u.a. an dem allgemeinen Gleichheitsrecht in Gestalt der Rechtsanwendungsgleichheit.

7. Kodifikation

Das Begriffselement der Kodifikation entspricht der Vorstellung von einer möglichst weit gehenden Zusammenfassung des geltenden Verfassungsrechts in einer einheitlichen Verfassungsurkunde. Entscheidend für das Gelingen der Kodifikation ist, dass die Verfassungsurkunde jedenfalls das wesentliche materielle Verfassungsrecht enthält und sich das übrige Verfassungsrecht inhaltlich und dem Geltungsgrund nach auf die geschriebene Verfassung zurückführen lässt.

Der Wille der Autoren des Grundgesetzes zur Kodifikation zeigt sich nicht zuletzt am Inkorporationsgebot des Art. 79 Abs. 1 S.1 GG. Diese Vorschrift knüpft die Rechtmäßigkeit von Verfassungsänderungen an die Änderung des Verfassungstextes: Verfassungsrecht soll grundsätzlich in der Verfassungsurkunde niedergelegt und Nebenverfassungsrecht ausgeschlossen sein.

8. Verfassungsänderung

Das Begriffselement der Verfassungsänderung bezeichnet den Umstand, dass die Verfassung selbst Vorkehrungen für ihre Anpassung an gewandelte tatsächliche

Umstände trifft. Dieser potentiellen Dynamik der Verfassung werden regelmäßig Grenzen gezogen. Entsprechende „Ewigkeitsklauseln“ sollen gewährleisten, dass die auf der Autonomie basierende Grundstruktur der Verfassung nachhaltig gesichert ist.

Im Grundgesetz ist die Verfassungsänderung abschließend in Art. 79 GG geregelt. Diese Vorschrift enthält Vorgaben für die Form, das Verfahren und in ihrem Absatz 3 auch die inhaltlichen Grenzen der Verfassungsänderung. So darf bspw. Art. 1 GG nicht abgeschafft oder grundlegend verändert werden.

IV. Materiale Elemente des Verfassungsbegriffs

Im Gegensatz zu den Strukturelementen enthält die Untergruppe der materialen Elemente des Verfassungsbegriffs inhaltliche Festlegungen, die dem Grundgesetz eine konkrete Gestalt geben. Auch hier lassen sich insgesamt 8 Elemente unterscheiden.

1. Repräsentative Demokratie

Mit der repräsentativen Demokratie wird das Postulat der Selbstbestimmung der Freien und Gleichen auf den Bereich der staatlichen Willensbildung übertragen: Die Ausübung aller durch die Verfassung konstituierten Staatsgewalt muss auf die Entscheidung des Volkes zurückgeführt werden können. Das Attribut der Repräsentation besagt, dass das Volk - zumindest unter realen Bedingungen - nicht unmittelbar (alle) politisch relevanten Entscheidungen treffen kann, sondern die Mehrzahl dieser Entscheidungen seinen aus freien Wahlen hervorgegangenen Vertreterinnen und Vertretern überlässt. Neben der Legitimation durch Wahlen ist auch das Mehrheitsprinzip hier zu verorten. Plebiszitäre Elemente sind nicht ausgeschlossen, dürfen jedoch nach Art und Umfang den grundsätzlich repräsentativen Charakter der Demokratie nicht aushöhlen.

Über die Verankerung des Demokratieprinzips im Grundgesetz kann es keinen Zweifel geben. Sie findet sich sowohl in Art. 20 Abs. 1 GG als auch in Art. 28 Abs. 1 S.1 GG: Hier wird die Bundesrepublik Deutschland ausdrücklich als demokratischer Staat bezeichnet. Die verfassungsrechtliche Verankerung des Repräsentativsystems ist dann in Art. 20 Abs. 2 S.2 GG erfolgt: Die Staatsgewalt wird vom Volk „in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe“ ausgeübt.

2. Horizontale Gewaltenteilung

Horizontale Gewaltenteilung bedeutet, dass die Ausübung der Staatsgewalt auf die Gesetzgebung (Legislative), die Verwaltung (Exekutive) und die Rechtsprechung (Judikative) verteilt wird. Dieser Differenzierung liegt ein doppelter verfassungstheoretischer Sinn zugrunde. Zum einen erfolgt auf diese Weise eine rein funktionale Aufteilung der staatlichen Herrschaftsausübung. Zum anderen dient sie der gegenseitigen Kontrolle der drei Gewalten und damit der nachhaltigen Sicherung von Freiheit und Gleichheit. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die Kontrollfunktion der Gewaltenteilung notwendig mit einer Gewaltenverschränkung einhergeht.

Diese Form der Gewaltenteilung wird im Grundgesetz nicht ausdrücklich genannt, ist dort aber an mehreren Stellen nachweisbar. So findet sich eine offensichtliche Anlehnung an die klassische Gewaltenteilungslehre in Art. 20 Abs. 2 S.2 GG. Danach wird die Staatsgewalt „durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Entsprechende Bezugnahmen auf die Gewaltentrias finden sich auch in Art. 1 Abs. 3 GG und Art. 20 Abs. 3 GG.

3. Die Herrschaft des Rechts

Das Begriffselement der Herrschaft des Rechts gewährleistet, dass alle Staatsgewalt ausnahmslos an das (Verfassungs-) Recht gebunden und nur durch mit dem Mittel des von den freien und Gleichen gesetzten Rechts ausgeübt wird. Damit ist eine primär personell begründete und praktizierte Herrschaft ausgeschlossen.

Im und unter dem Grundgesetz ist die Herrschaft des Rechts untrennbar mit den Stichworten „Gesetz und Recht“, „Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes“ und „Rechtsschutz“ verbunden. So lässt sich die Rechtsbindung aller staatlichen Gewalt wiederum in Art. 20 Abs. 3 GG und verwandten Vorschriften nachweisen. Das Gebot des Rechtsschutzes ist insbesondere in Art. 19 Abs. 4 GG niedergelegt.

4. Verfassungsgerichtsbarkeit

Das Element der Verfassungsgerichtsbarkeit ist verfassungstheoretisch eng mit dem formalen Strukturelement des Vorrangs der Verfassung verzahnt. Erst mit der Etablierung einer Verfassungsgerichtsbarkeit, die effektiv über die Einhaltung der Verfassung durch die Staatsgewalt wacht, kann dieser Vorrang nachhaltig gesichert werden. Eingeschlossen ist insoweit die verfassungsgerichtliche

Normenkontroll- und Normenverwerfungskompetenz gegenüber einfachen Gesetzen.

Die Verfassungsgerichtsbarkeit inklusive der angesprochenen Kompetenzen ist im Grundgesetz in den Artikeln 92 ff. niedergelegt. Besonders hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang die Normierung der Verfassungsbeschwerde in Art. 93 Abs. 1 Nr.4a GG und der abstrakten bzw. konkreten Normenkontrolle in Art. 93 Abs. 1 Nr.2 GG bzw. in Art. 100 Abs. 1 GG.

5. Grundrechte

Die Grundrechte stehen als inhaltliches Begriffselement in einem besonders engen Verhältnis zum Autonomiegedanken und damit zur Menschenwürde. Freiheit und Gleichheit müssen auch innerhalb der Verfassungsordnung zu tragenden Prinzipien werden.

Folgerichtig bildet der Verfassungsrechtsbegriff der Menschenwürde i.S.d. Art. 1 Abs. 1 GG den Transmissionsriemen für den Schutz von Freiheit und Gleichheit im und unter dem Grundgesetz.

Die *Freiheit* umfasst zwei grundlegende Dimensionen der verfassungsrechtlich geschützten Selbstbestimmung. Die erste bezeichnet die Sphäre der privaten Betätigung, die von staatlichen Eingriffen grundsätzlich frei zu halten ist. Zu dieser Dimension zählt etwa die Religionsfreiheit. Die zweite bezeichnet die Sphäre der öffentlichen Betätigung, d.h. die Möglichkeit der Mitwirkung an der politischen Meinungs- und Willensbildung des Gemeinwesens. Diesem Anliegen dienen etwa die Meinungsfreiheit und die Sicherung des freien und allgemeinen Wahlrechts.

Die *Gleichheitsgrundrechte* beziehen sich nicht nur auf die bloße Rechtsanwendungsgleichheit, sondern binden auch den Gesetzgeber.

Im Übrigen sind zwei *Grundrechtsfunktionen* zu unterscheiden, nämlich Abwehr und Schutz. Einerseits muss sich die Staatsgewalt jeglicher Eingriffe in geschützte Grundrechtspositionen enthalten, sofern sie nicht - etwa durch gegenläufige Verfassungs- oder sonstige Rechtsgüter - verfassungsrechtlich gerechtfertigt sind. Andererseits muss sie aktiv für den Schutz dieser Grundrechtspositionen eintreten, sofern sie - etwa von Seiten Dritter - gefährdet werden.

6. Vertikale Gewaltenteilung

Mit dem besonderen Verfassungsbegriffselement der vertikalen Gewaltenteilung ist die Vorstellung von der Aufteilung der einheitlichen Staatsgewalt zwischen dem Gesamtstaat und territorialen Untergliederungen verbunden. Der Bezug zur

Autonomie liegt zunächst darin, dass mit dieser Aufteilung ein weiteres, orts- und bürgernäheres Feld der Ausübung von Staatsgewalt eröffnet wird. Ferner wird eine weitere Sicherung von Freiheit und Gleichheit innerhalb der Verfassungsordnung gewährleistet, denn die vertikale Gewaltenteilung bewirkt eine zusätzliche Gewaltenkontrolle und -verschränkung.

Das Grundgesetz hat die vertikale Gewaltenteilung in Gestalt der Bundesstaatlichkeit umgesetzt. Maßgeblich ist ein zweigliedriger Bundesstaatsbegriff, d.h. die Kompetenzen der Staatsgewalt sind ausschließlich zwischen den Ebenen des Bundes und der Länder aufgeteilt. Den Bundesländern kommt als territorialen Gebilden die eigenständige Staats-Qualität zu. Die Kompetenzverteilung zwischen den Ebenen erfolgt nach materiellen und funktionellen Gesichtspunkten. Im Übrigen bestehen spezifische bundesstaatliche Homogenitätsanforderungen - etwa an die Struktur der Länderverfassungen - und Mitwirkungsbefugnisse der Bundesländer an der Willenbildung des Gesamtstaates über den Bundesrat als zweite Kammer. Der ungeschriebene „Grundsatz der Bundestreue“ stellt schließlich eine letzte Sicherung gegen zentrifugale Kräfte in und aus den Bundesländern dar.

7. Republik

Das Begriffselement der Republik lässt sich nicht auf ein bloßes Monarchieverbot reduzieren. Der Republik-Begriff erweist sich als Chiffre, bzw. als umfassende Bezeichnung für die Gesamtheit der auf Autonomie, d.h. auf Freiheit und Gleichheit beruhenden Verfassungstheorie. Er verweist auf den vor- bzw. außerrechtlichen Umstand, dass die auf der autonomen Gestaltung der Freien und Gleichen basierende Verfassungsordnung nicht nur eine Frage der verfassungsrechtlichen Konstruktion, sondern auch eine Frage des Willens zur Autonomie ist. Neben das Monarchieverbot tritt also die Appell-Funktion dieses Begriffes.

Speziell für das Grundgesetz ist unstreitig, dass der so verstandene Republik-Begriff in Art. 20 Abs. 1 GG („Bundesrepublik“) und in Art. 28 Abs. 1 GG verankert und über Art. 79 Abs. 3 GG geschützt ist.

8. Sozialstaatlichkeit

Schließlich offenbart sich auch im Verfassungsbegriffselement der Sozialstaatlichkeit die immanente Logik einer auf Autonomie beruhenden Verfassungstheorie und Verfassungsordnung. Denn Freiheit und Gleichheit sind nicht nur auf den rechtlichen Schutz vor ungerechtfertigten Eingriffen, sondern auch auf eine rechtliche Gewährleistung der tatsächlichen, d.h. materiellen Voraussetzungen

ihrer Ausübung angewiesen: Autonomie kann in vielfacher Hinsicht nicht (mehr) praktisch werden, sofern nicht auch die materiellen Ressourcen für Freiheit und Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger bereit gestellt werden.

Die Sozialstaatlichkeit ist in Art. 20 Abs. 1 GG und zusätzlich in Art. 28 Abs. 1 S.1 GG verankert und ebenfalls über Art. 79 Abs. 3 GG in besonderer Weise geschützt. Inhaltliche Folgen sind etwa die Verpflichtung zur Gewährleistung jedenfalls des Existenzminimums sowie der staatliche Bildungsauftrag.

V. Abschließende Bemerkungen

Diese stark komprimierte, oft im Abstrakten verharrende Darstellung des Verfassungsbegriffs des Grundgesetzes und seiner Elemente sollte - so lautet jedenfalls ihr Anspruch - den Blick für das verfassungstheoretische Grundgerüst des Grundgesetzes schärfen bzw. das Fundament und die tragenden Säulen im deutschen Verfassungsgebäude sichtbar machen. Auf diesem Fundament und mit diesen tragenden Säulen sind inzwischen auch anderswo und nicht zuletzt im Osten Europas vergleichbare Verfassungsgebäude errichtet worden, auch wenn in diesen Gebäuden vielleicht nicht jedes Zimmer gleich zugeschnitten ist. In Deutschland jedenfalls hat sich beides - Fundament und Säulen - in nunmehr 60 Jahren als sehr stabil erwiesen. Aber auch dort gilt das, was in der Substanz zum Verfassungsbegriff der Republik ausgeführt wurde: Der Wille zur Autonomie im Bereich der Verfassungsordnung muss von jeder Generation neu entwickelt und bewahrt werden. In diesem Sinne und bezogen auf das Grundgesetz kann ich mit einem Wort aus Goethes Faust schließen: Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen.

Pamatlikumā ietvertais konstitūcijas jēdziens¹

I Ievads

Atsaucoties uz vienu no ievērojamākajiem vācu valststiesību zinātnieku Kristinana Šarka (*Christian Starck*) vārdiem, 1948./49. gada Vācijas Federatīvās Republikas pamatlikums tika radīts „posta un pieticības laikā“. Ņemot vērā Vācijas sadalīšanu, bija nepieciešams radīt nevis konstitūcijas galējo variantu, bet gan tikai „Rietumvācijas valsts daļas pārejas laika konstitūciju“, kuras spēkā esamībai bija jābūt terminētai līdz atkal apvienošanās brīdim. Tādēļ tika izvēlēts apzīmējums „Pamatlikums“, nevis termins „konstitūcija“, kuram priekšroku bija devuši sabiedrotie. Tagad Vācijā ir teiciens, t.i., paruna, kas ietver sevī dzīves gudrību: „*Nekas nav pastāvīgāks un noturīgāks par pagaidu variantu*. Šī paruna attiecas arī uz Pamatlikumu, jo tas ne tikai pārdzīvoja pārejas periodu, bet turpina pastāvēt – savos pamatos nemainīts – arī atkal apvienotajā Vācijā. Šogad un šajās dienās mēs varam *atzīmēt* tā 60. gadadienu un – ņemot vērā Pamatlikuma veiksmes stāstu – arī *svinēt* šos svētkus.

Manuprāt, pamats veiksmes stāstam sešdesmit gadu garumā ir atrodams konstitucionālajā teorijā, kas ir par Pamatlikumu. Mēģinājums rekonstruēt to saskaņā ar konstitucionālo tiesību teoriju izriet no Pamatlikuma kā konstitūcijas jēdziena analīzes. Tā ir radījusi apziņu, ka Pamatlikuma konstitūcijas jēdziens ir saliktenis, t.i., salikts jēdziens: *Tas sastāv no vairākiem jēdziena elementiem, kas iedalās divās apakšgrupās, konkrēti, (1.) struktūras un (2.) materiālajos jēdziena elementos. Pamatlikuma jēdziena konstitucionāli teorētiskā bāze un vienlaicīgi ietvars, kas abas iedaļas grupas satur kopā, ir tiesību- un valsts filozofiskais vispārējās izpratnes par cilvēka autonomiju izpausme*. Tālāk tiks kodolīgi iztirzāti minētie jēdzieni.

II Autonomija kā konstitucionālo tiesību teorijas pamatvērtība

1. Autonomijas nozīme

Pamatlikuma konstitucionāli teorētiskais pamats sastāv no priekšstata par principā saprātīga indivīda autonomiju. Ideju par cilvēka pašnoteikšanos, sākot ar apgaismības laika beigu posma līdz pat mūsdienām, visvairāk definējis *Kants*.

¹ Tulkojumu no vācu valodas veikušas *Kristīna Lufta* un *Ieva Vanaga*.

Ar autonomiju Pamatlikuma konstitūcijas teorijas ietvaros saprot to, ka indivīds pats, t.i., bez jebkādas izteiktas dabas vai reliģijas palīdzības ir spiests un var dzīvot saskaņā ar to sadzīves (konstitucionālajiem) tiesiskajiem pamatiem. Nepieciešamība veidot tiesību kopienu izpildās uz individuāliem pamatiem, t.i., tiesību kopienas dalībnieki apvienojas kā brīvi un vienlīdzīgi subjekti un tādi tie arī – brīvi un vienlīdzīgi – ir jāuztver pēc šīs apvienošanās. Tādēļ indivīdu, kam ir pašnoteikšanās, brīvība un vienlīdzība kā konstitucionāli teorētiskie elementi ir idejas par autonomiju tiešās sekas.

2. Autonomija un cilvēka cieņa (Pamatlikuma 1. panta pirmā daļa)

Pamatlikumā autonomija ir ietverta konstitūcijas tekstā kā konstitucionālo tiesību teorijas pamats cilvēka cieņas garantijas formā. Cilvēka cieņas (konstitucionālais-) tiesību termins, ko saprot kā ikvienu cilvēku kā unikālu vērtību, balstoties uz tā principiālo autonomiju, vienlaicīgi iemieso konstitucionālo tiesību teorijas pamatprincipu un izejas punktu tiesiskajai kārtībai, kuru iedibina Pamatlikums. Autonomijas idejas transformācija spēkā esošajās konstitucionālajās tiesībās atrodama Pamatlikuma 1. panta pirmajā daļā.

Šo noteikumu normatīvais saturs ietver sevī, pirmām kārtām, (pozitīvi) visu cilvēku brīvību un vienlīdzību. Turpmākie Pamatlikuma panti apraksta pamattiesības, kas sākas ar vispārējām brīvības tiesībām un vispārējām vienlīdzības tiesībām.

Ar tā dēvēto Gintera Dīringa (*Günter Dürig*) objektīvo formulu ir raksturojama pārējais (t.i., negatīvais) Pamatlikuma 1. panta pirmās daļas normatīvais saturs: „Cilvēka cieņa ir aizskarta tad, kad konkrētais cilvēks tiek noniecināts līdz objektam, līdz līdzeklim, līdz aizstājamam lielumam... Runa ir par cilvēka degradēšanu līdz lietas līmenim.“ Šī formula, kas noliedz jebkādu spīdzināšanas izpaušmi, ir nepārprotami saistīta ar Kanta praktisko filozofiju.

Kopumā var secināt: cilvēka cieņa Pamatlikuma 1. panta pirmās daļas izpratnē veido visas konstitucionālās kārtības konstitucionālo tiesību teorijas konstitūcijas principu. Autonomija, brīvība un vienlīdzība tādējādi veido Pamatlikuma konstitucionālo tiesību teorijas pamatu.

III Konstitūcijas jēdziena struktūras elementi

Konstitūcijas jēdziena struktūras elementi atteicas uz spēkā esamības pamatu, spēkā esamības veidu un Pamatlikuma formu. Kopumā var tikt izšķirti 8 struktūras elementi.

1. Tautas suverenitāte

Tautas suverenitātes elements ietver sevī divus aspektus, kas noteiktā mērā izskaidro konstitucionālo tiesību teorijas autonomijas idejas transformāciju konstitucionālajās tiesībās.

No vienas puses, tautas suverenitāte izteic Pamatlikuma *formālo spēkā esamības pamatu*. Tā noteic, ka Pamatlikums nav Dieva žēlastības dāvana vai noteiktas puses griba, bet gan tā balstās tikai vienīgi uz tautai piederošu konstitūcijas devēja varu. Minētais tautas suverenitātes aspekts ir atrodams Pamatlikuma sākumā un beigās, konkrēti, tās preambulā un Pamatlikuma 146. pantā.

No otras puses, arī valsts varai, kas iedibināta Pamatlikumā, ir jāizriet no tautas. Par pamatu šim ir Pamatlikuma 20. panta otrā daļa, kas izteikts ar vārdiem: „Visa valsts vara izriet no tautas.“

2. Konstitūcijas virsvaldība

Konstitūcijas virsvaldība nozīmē to, ka visa valsts vara primāri tiek īstenota tikai ar un tikai pamatojoties uz konstitūciju: autonoma, cilvēka cienīga virsvaldība rodas tikai uz konstitūcijas formā nostiprināto brīvo un vienlīdzīgo gribu.

No tā izriet, ka to nevar dot neviena no konstitūcijai pakārtotajām autoritātēm vai institūcijām. Etatiskie priekšstati par valsts pārākumu pār konstitūciju nesaskan ar šo termina elementu. Konstitūcijas priekšplānā atrodas brīvo un vienlīdzīgo tauta kā konstitūcijas devējas varas nesēja.

Konstitūcijas virsvaldības jēdziena elements Pamatlikumā, pirmām kārtām, visvairāk ir pierādāms ar kompetenču sadalījumu saskaņā ar valsts organizācijas tiesībām.

3. Konstitūcijas pārākums un normativitāte

Konstitūcijas pārākums un normativitāte ir saistīta ar konstitucionālo tiesību un valsts varas, kas ir nodibināta konstitūcijā, attiecībām. Tostarp šeit ir iekļautas attiecības starp konstitucionālajām tiesībām un parastajām tiesībām (likumiem). Konstitūcija ne tikai vieno un ierobežo visas valsts varas, bet arī saturiski dod norādes to rīcībai. Tādēļ konstitūcijai nav aprakstošs, bet gan normatīvs, tiesiski saistošs statuss. Šis normatīvais statuss, protams, var sākt darboties tikai tad, kad tas vienlaicīgi ir saistīts ar konstitūcijas pārākumu pār citām tiesībām. Tik tālu starp abiem komponentiem pastāv nedalāma saistība. Konstitūcijas pārākums un normativitāte, pirmām kārtām, ir nostiprināta Pamatlikuma 20. panta trešās daļas pirmajā teikuma daļā un 1. panta trešajā daļā. Pamatlikuma 20. panta trešās daļas vārdiskais skanējums primāri attiecas tikai uz likumdošanu; saskaņā ar vispārēju,

neapstrīdētu un atbilstošu uzskatu minētā tiesību norma ir attiecināma uz visām valsts varām. „Atslēgas normā” – Pamatlikuma 1. panta trešajā daļā visbeidzot ir formulēta visu valsts varu saistība ar pamattiesībām. Pēc būtības šī norma neiziet ārpus Pamatlikuma 2. panta trešās daļas satura. Ievērojot vācu pamattiesību attīstību, tā īpašā veidā izskaidro konstitūcijas pārākumu saskaņā ar pamattiesību saistošo iedarbību.

4. Konstitūcijas ietvara raksturs

Konstitūcijas ietvara raksturs apzīmē stāvokli, kad konstitūcija ne tikai ierobežo visu valsts varu, bet gan atļauj to īstenot konstitūcijā noteiktā ietvarā. Tādējādi totāla valsts dzīves un darbību jomu regulēšana ar tiesību normām netiek pieļauta. Daudzkārt konstitūcija paver rīcības brīvību politiskās domas- un gribas veidošanai, kura ir ierobežojama tikai tādā mērā, lai netiktu izslēgta iespēja uz viedokļu sacensību starp brīviem un vienlīdzīgiem subjektiem.

Pamatlikumā līdzās robežām kompetenču kārtībai un pamattiesībām ir saskatām arī tamlīdzīga rīcības brīvība.

5. Plašais konstitūcijas raksturs

Pamatlikums tālāk izvirza prasību par nepārtrauktu, pilnīgu valdošā regulējumu. Pamatlikuma plašais raksturs tiek parādīts tādējādi, ka ne vien atsevišķi aspekti, bet gan *visas* valsts varas ir radījusi konstitūcija un tās ir pakļautas konstitūcijai. Šajā konstitūcijas jēdziena elementā jo īpaši ir iekļauts atteikums (no konstitūcijas-) no tiesībām brīvai telpai vai prerogatīvām attiecībā uz konkrētām personām, institūcijām vai citiem valsts varas nesējiem. Šī plašā prasība, kas atteicas uz valsts varas īstenošanas konstitucionāli tiesisko ietvaru, ir iekļautas vairākās būtiskās Pamatlikuma normās. Tādējādi no Pamatlikuma 20. panta otrās daļas pirmā teikuma vārdiskās jēgas izriet: „Visa valsts vara izriet no tautas”. Arī iepriekš minētā Pamatlikuma 20. panta trešās daļas attiecināmība uz visām valsts varām (skat. 3. punkta 2. rindkopu) skaidri noteic, ka neviena valsts varas joma nedrīkst tikt pacelta augstāk par Pamatlikuma normām. Tas pats atteicas uz minēto Pamatlikuma 1. panta trešo daļu.

6. Konstitūcijas universālais raksturs

Konstitūcijas universālais raksturs noteic, ka tās normatīvais saturs vienādā mērā atteicas uz visiem iedzīvotājiem (vīriešiem un sievietēm) un visām institūcijām, nevis tikai uz atsevišķām iedzīvotāju grupām. Konstitūcijas universālais raksturs

izpaužas vispārēji saistošā raksturā attiecībā uz privātajām personām un publiskajām institūcijām, t.i., atbilstoši idejai par vienlīdzību.

Pamatlikumā vispārēji saistošais raksturs attiecībā uz sabiedriskajām institūcijām un orgāniem izpaužas vairakkārt iepriekš minētās klauzulas – attiecināmības uz visām valsts varām – veidā. Vispārēji saistošais raksturs attiecībā uz privātpersonām izpaužas cita starpā vienlīdzības tiesībās vienādā tiesību piemērošanas formā.

7. Kodifikācija

Kodifikācijas jēdziena elements atbilst priekšstatam par iespējami plašo, spēkā esošo pamattiesību kopsavilkumu vienotā konstitucionālā aktā. Izšķiroši veiksmīgai kodifikācijai ir tas, ka konstitucionālais akts ietver sevī vismaz būtiskās materiālās konstitucionālās tiesības un pārējās konstitucionālās tiesības saturiski izriet no konstitūcijas, kā arī to spēkā esamības pamats ir meklējams konstitūcijā.

Pamatlikuma autoru griba radīt kodifikāciju parādās arī Pamatlikuma 79. panta pirmās daļas pirmā teikuma inkorporācijas aizliegumā. Šis priekšraksts saista konstitucionālo izmaiņu tiesiskumu ar konstitūcijas teksta izmaiņām: konstitucionālās tiesības vienmēr ir iekļaujamas konstitucionālajā aktā un papildus konstitucionālās tiesības ir izslēdzamas.

8. Konstitūcijas grozīšana

Konstitūcijas grozīšanas jēdziena elements apzīmē stāvokli, ka konstitūcija pati sevi aizsargā no tās pielāgošanas faktisko apstākļu maiņai. Konstitūcijas potenciālajai dinamikai regulāri tiek noteikta robeža. Jānodrošina atbilstoša „mūžīguma klauzula”, ka uz autonomiju balstītā konstitūcijas pamatuzbūve ir ilglaicīgi pasargāta.

Pamatlikumā konstitūcijas grozīšana ir regulēta 79. pantā. Minētā tiesību norma satur priekšrakstus par formu, procesu un tās trešajā daļā arī saturiskās robežas konstitūcijas grozīšanai. Tā, piemēram, Pamatlikuma 1. pants nevar tikt atcelts vispār vai būtiski grozīts.

IV Konstitūcijas kā termina materiālie elementi

Pretēji struktūras elementiem konstitūcijas kā termina materiālo elementu apakšgrupa iekļauj sevī saturiskus konstatējumus, kuriem Pamatlikumā ir konkrēta forma. Arī šeit izšķirami astoņi elementi.

1. Reprezentatīvā demokrātija

Ar reprezentatīvo demokrātiju brīvo un vienlīdzīgo subjektu pašnoteikšanās postulāts tiek pārnestš uz valstiskās gribas veidošanās jomu: visas konstitūcijā nodibinātās valsts varas realizēšanai jābūt izskaidrojamai ar tautas lēmumu. Reprerentācijas atribūts noteic, ka tauta – vismaz ar reāliem nosacījumiem – nevar tieši pieņemt (visus) politiskos lēmumus, bet gan lielāko daļu šādu lēmumu pieņemšanu deleģē tās brīvās vēlēšanās ievēlētiem pārstāvjiem. Papildus leģitimēšanai caur vēlēšanām vairākuma principam šeit ir būtiska nozīme. Plebiscīta elementi nav izslēgti, tomēr tie veida un biežuma ziņā nedrīkst apsteigt demokrātijas principiāli reprezentatīvo dabu.

Par to, ka demokrātijas princips ir nostiprināts Pamatlikumā, nevar būt ne šaubu. Tā atrodama gan Pamatlikuma 20. panta pirmajā daļā, gan arī 28. panta pirmās daļas pirmajā teikumā: Šeit Vācijas Federatīvā Republika tiek *expressis verbis* apzīmēta kā demokrātiska valsts. Konstitucionāli tiesiskā reprezentatīvās sistēmas nostiprināšana Pamatlikumā atrodama 20. panta otrās daļas otrajā teikumā: Valsts varu tauta īsteno „vēlēšanās un nobalsošanās un caur īpašām institūcijām”.

2. Horizontālā varas dalīšana

Horizontāla varas dalīšana nozīmē, ka valsts vara tiek sadalīta likumdošanas varā, izpildvarā un tiesu varā. Šādas diferencēšanas pamatā ir dubulta konstitucionāli tiesiska nozīme. No vienas puses, tādā veidā tīri funkcionāli tiek sadalīta valsts varas īstenošana. No otras puses, sistēma kalpo par pamatu savstarpējai trīs varu kontrolei un tādējādi ilgtspējīgai brīvības un vienlīdzības nodrošināšanai. Šajā kopsakarā ir jānorāda uz to, ka varas dalīšanas kontroles funkcijai nepieciešams pastāvēt vienlaicīgi ar varas ierobežojumiem.

Minētais varas dalīšanas veids, lai arī Pamatlikumā nav tieši minēts, tomēr ir atrodams vairākos pantos. Tā, piemēram, acīmredzama atsaukšanās uz klasisko varas dalīšanas principu atrodama Pamatlikuma 20. panta otrās daļas otrajā teikumā. Saskaņā ar to valsts vara tiek īstenota „ar īpašām likumdošanas, izpildvaras un tiesu varas institūcijām”. Atbilstoša atsaukšanās uz varu trijotni atrodama arī Pamatlikuma 1. panta trešajā daļā un 20. panta trešajā daļā.

3. Tiesību virsvaldība

Tiesību virsvaldības jēdziena elements nodrošina, ka visas valsts varas bez izņēmuma ir pakļautas (konstitucionālajām) tiesībām un tiek īstenotas ar

tiesībām, kuras radītas ar brīvo un vienlīdzīgo līdzekļiem. Tādā veidā primāri tiek izslēgta ar personiskām interesēm pamatota un īstenota valdīšana.

Pamatlikumā tiesību valdīšana ir nesaraujami saistīta ar atslēgas vārdiem „likums un tiesības”, „likuma pārākums un likuma atruna” un „tiesību aizsardzība”. Tādā veidā visu valsts varu pakļautība tiesībām apstiprinās Pamatlikuma 20. panta trešajā daļā un līdzīgos priekšrakstos. „Tiesību aizsardzības” princips ir ietverts jo īpaši Pamatlikuma 19. panta ceturtajā daļā.

4. Konstitucionālā jurisdikcija

Konstitucionālās jurisdikcijas elements ir konstitucionālo tiesību teorijā ir cieši saistīts ar formālajiem konstitūcijas prioritātes struktūras elementiem. Tikai ar konstitucionālās jurisdikcijas ieviešanu, kad valsts vara veic efektīvu konstitūcijas uzraudzību, var ilglaicīgi nodrošināt konstitūcijas prioritāti. Tajā tiktāl ir iekļautas tādas kompetences kā tiesību normu atbilstības konstitūcijai pārbaude un tiesību normu pasludināšana par spēku zaudējušām.

Konstitucionālā jurisdikcija papildus minētajām kompetencēm ir iekļauta Pamatlikuma 92. un turpm. pantos. Šeit īpaši izceļams ir konstitucionālās sūdzības ierobežojums Pamatlikuma 93. panta pirmajā daļā Nr.4a un abstraktās normu kontroles ierobežojums Pamatlikuma 93. panta pirmajā daļā Nr.2, kā arī 100. panta pirmajā daļā.

5. Pamattiesības

Pamattiesības kā iekšējs jēdziena elements ir īpaši ciešā saiknē ar ideju par autonomiju un tādējādi ar cilvēka cieņu. Brīvībai un vienlīdzībai jāklūst arī par vadošajiem principiem konstitucionālā kārtībā.

Tādējādi cilvēkā cieņas jēdziens Pamatlikuma 1. panta pirmās daļas izpratnē veido transmisiju brīvības un vienlīdzības aizsardzībai saskaņā ar Pamatlikumu.

Brīvība aptver divas pamatdimensijas ar konstitūciju aizsargātajai pašnoteikšanās. Pirmā apzīmē privātās nodarbošanās sfēru, kurai principā jābūt brīvai no valsts iejaukšanās. Pie šīs dimensijas pieder, piemēram, reliģijas brīvība. Otrā apzīmē publiskās nodarbošanās sfēru, t.i. iespēju līdzdarboties kopējā politiskās domas un gribas veidošanās procesā. Pie šīs dimensijas pieder, piemēram, vārda brīvība un brīvu un vispārēju vēlēšanu tiesību nodrošināšana.

Vienlīdzības pamatbrīvības neattiecas tikai un vienīgi uz tiesību piemērošanas vienlīdzību, bet gan saista arī likumdevēju.

Tālāk izdalāmas divas pamattiesību funkcijas, proti, negatīvais un pozitīvais aizsardzības pienākums. No vienas puses valsts varai jāatturas no jebkādas iejaukšanās aizsargātajās pamattiesībās, ciktāl iejaukšanās nav attaisnojama ar konkurējošu pamattiesību vai citu tiesisku labumu. No otras puses valstij aktīvi jāiestājas par pamattiesību aizsardzību, ciktāl valsts varu neapdraud kāda trešā puses.

6. Vertikālā varas dalīšana

Ar īpašo vertikālās varas dalīšanas konstitūcijas jēdzienu ir saistīta ideja par varas dalīšanu starp valsti kā vienotu veselumu un tās teritoriālajām vienībām. Saikne ar autonomiju atrodama vispirms tajā, ka ar šādas varas dalīšanas palīdzību tā tiek izvērsta veidā, kas pieejamāks konkrētām vietām un pilsoņiem. Tāpat tiek nodrošināta tālāka brīvība un vienlīdzība konstitucionālās kārtības ietvaros, jo vertikālā varas dalīšana papildus ietekmē varu savstarpējo kontroli un varas ierobežojumus.

Pamatlikums vertikālo varas dalīšanu ir ieviesis federālas valsts modelī. Noteicošais ir divdaļīgs federālas valsts jēdziens, t.i. valsts varas kompetences ir sadalītas vienīgi starp federācijas un pavalstu līmeni. Pavalstīm kā teritoriālām vienībām piemīt patstāvīgas valsts raksturs. Kompetenču sadalījums starp līmeņiem noris materiālos un funkcionālos aspektos. Papildus pastāv specifiskas pavalstu homogenitātes prasības – piemēram, attiecībā uz pavalstu konstitūciju uzbūvi – un pavalstu līdzdalības tiesības federācijas gribas veidošanās procesā, kuras tiek īstenotas caur *Bundesrat* kā otro kameru. Visbeidzot, nerakstītais „federācijas uzticības princips” („*Grundsatz der Bundestreue*”) kalpo par pēdējo drošības balstu pret centrālās spēkiem, kas varētu nākt no pavalstīm.

7. Republika

Republikas jēdziens nedrīkst būt aprobežots vien ar monarhijas aizliegumu. Republikas jēdziens izrādās kā šifrs, proti, kā visaptverošs apzīmējums autonomijas kopumam, t.i., uz brīvību un vienlīdzību balstītajai konstitūcijas teorijai. Tas norāda uz pirms-, precīzāk, beztiesību stāvokli, ka uz autonomu brīvā un vienlīdzīgā izveidi balstītā konstitucionālā kārtība nav vien konstitucionāli tiesiskās konstrukcijas jautājums, bet arī jautājums par vēlmi pēc autonomijas. Papildus monarhijas aizliegumam pastāv arī minētā jēdziena aicinājuma-funkcija.

Attiecībā uz Pamatlikumu nav šaubu, ka republikas jēdziena izpratne nostiprināta Pamatlikuma 20. panta pirmajā daļā („Federatīva republika” – „*Bundesrepublik*”) un 28. panta pirmajā daļā, un tiek aizsargāts ar 79. panta trešo daļu.

8. Sociāla valsts

Visbeidzot arī sociālas valsts konstitucionālais jēdziens atklāj iekšēju loģiku vienai no konstitucionālajām teorijām un kārtībām, kas balstītas uz autonomiju. Jo brīvība un vienlīdzība ir ne tikai tiesiskā aizsardzība pret neattaisnotu iejaukšanos, bet arī norāda uz faktisko, t.i., materiālo autonomijas īstenošanas priekšnoteikumu tiesisko nodrošināšanu: autonomija no vairākiem aspektiem (vairs) nevar kļūt praktiska, kamēr arī visu pilsoņu brīvības un vienlīdzības materiālie resursi nav nodrošināti.

Sociālas valsts princips ir nostiprināts Pamatlikuma 20. panta pirmajā daļā un papildus 28. panta pirmās daļas pirmajā teikumā un arīdzan īpašā veidā tiek aizsargāts ar 79. panta trešo daļu. Saturiskās sekas ir, piemēram, pienākums nodrošināt vismaz iztikas minimumu, kā arī valsts pienākums nodrošināt izglītību.

V. Noslēguma piezīmes

Šim stipri blīvajam, bieži vien pārāk abstraktajam pastāvīgajam Pamatlikuma konstitucionālo jēdzienu un to elementu apskatam bija jāsniedz – tāds vismaz bija uzstādījums – skaidrāks skatījums Pamatlikuma konstitucionāli teorētiskajā pamatuzbūvē, proti, jāpadara skaidrs Vācijas konstitūcijas nama pamati un nesošās kolonnas. Uz šī pamata un šīm nesošajām kolonnām ir būvēti līdzīgi konstitūciju nami arī citviet un pēdīgi ne tikai Austrumeiropā, pat arī, ja šo namu istabu plānojums pilnībā nesakrīt. Vācijā abi – gan pamats, gan arī kolonnas – nu jau 60 gadus ir izrādījušies ļoti stabili. Taču arī tur par pamatu kalpo tas, ko sevī ietver republikas jēdziena substance: vēlme pēc autonomijas konstitucionālās iekārtas/kārtības jomā katrai paaudzei ir jāattīsta un jānosargā no jauna. Saistībā ar šo un attiecībā uz Pamatlikumu es varu nobeigt ar vārdiem no Gētes Fausta: Kas Tev no Taviem tēviem mantots, to iegūsti, lai tas Tev piederētu!²

² Tulkojums no grāmatas: Gēte J.V. *Fausts*. [B.v.]: Jumava, 1999.gads, 31.lpp. No vācu valodas atdzejojis Valdis Bisenieks.